

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christopher Lauer (PIRATEN)

vom 20. November 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. November 2013) und **Antwort**

Freiwilligenengagement bei IGP-Projekten

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Der Senat berichtet im IGP-Jahresbericht 2012 (S. 6), dass in einzelnen IGP-Projekten das Freiwilligenengagement abgenommen habe: Bei welchen IGP-Projekten ist dies in welcher jeweiligen Größenordnung der Fall?

2. Was sind die Gründe dafür, dass in den unter 1. genannten IGP-Projekten das Freiwilligenengagement zurückgeht?

Zu 1. und 2.: In dem Jahresbericht, auf den Bezug genommen wird, wird das freiwillige Engagement, das in vielen Projekten des Integrierten Gesundheitsprogramms in großem Umfang geleistet wird, besonders hervorgehoben. Viele Projekte stützen sich hauptsächlich oder sogar ausschließlich auf das Engagement ehrenamtlich Tätiger. Eine messbare Abnahme der Freiwilligenarbeit wurde bei der Auswertung der Sachberichte der Projekte nicht festgestellt.

Aus einigen Projekten im Bereich der Selbsthilfearbeit wurde allerdings mündlich berichtet, dass Schwierigkeiten bestehen, Betroffene für ein längerfristiges regelmäßiges Engagement im Bereich der Beratung oder auch der Vorstandstätigkeit zu gewinnen. Über die Gründe für diese Entwicklung liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

3. Inwiefern unterstützt der Senat die IGP-Projekte bei der Stärkung der Freiwilligenarbeit?

Zu 3.: Sofern der Einsatz von ehrenamtlich Tätigen zu dem Projektkonzept gehört, können Maßnahmen zur Anerkennung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements (z. B. Aufwandsentschädigung, Fortbildung) aus der Zuwendung finanziert werden.

Außerdem wird im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms auch der Betrieb der Landesstelle Berlin für Suchtfragen e. V. gefördert, die die Suchtselbsthilfeorganisationen und -gruppen unterstützt (z. B. durch Fortbildungsveranstaltungen und Beratung) und als Informationsstelle für alle an Suchthilfe Interessierten fungiert.

Berlin, den 10. Dezember 2013

In Vertretung

Emine Demirbükten-Wegner

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Dez. 2013)